

Rolf Badstübner, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 2/2004

Rechtzeitig zum 40. Jahrestag des Mauerbaus, der dieses historische Ereignis erneut in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses rückt, hat S., profunder Kenner der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte, ein quellengesättigtes und interessant geschriebenes Buch vorgelegt. Es handelt allerdings weniger vom Mauerbau, sondern beschäftigt sich vielmehr übergreifend mit der Berlinkrise, die nach dem Verständnis des Autors durch das sowjetische Ultimatum vom November 1958 ausgelöst wurde. S. vermittelt ein kontrastreiches Bild der Entwicklung der Berlinkrise und des Ringens um eine Krisenbewältigung über die Stationen der Genfer Außenministerkonferenz von Mai bis August 1959 (S. 67-136), der gescheiterten Gipfelkonferenz in Paris vom Mai 1960 (S. 137-166), dem wohl entscheidenden Treffen zwischen Kennedy und Chruschtschow in Wien (S. 191-200), der Entscheidungsphase von Juni bis August 1961 (S. 201-260), des Mauerbaus, der Reaktionen und Wirkungen (S. 261-324) bis zur De-facto-Bereinigung der Berlinkrise (325-366). Dabei konzentriert sich S. bei völlig berechtigter Knappdarstellung der bekannten Konferenzverläufe und -ergebnisse auf die westlicherseits vorausgegangenen bzw. diesen zugrunde liegenden Entscheidungsfindungsprozesse und außenpolitischen Strategiefixierungen, auf die Herausarbeitung von Motiven und Zielsetzungen.

S. korrigiert mit seiner Darstellung gründlich den offiziell verbreiteten Eindruck und die nach außen vertretenen Positionen von einer westlich/westdeutschen Einmütigkeit und Entschlossenheit gegenüber der Sowjetunion und ihren Strategien in der Berlin- sowie Deutschlandfrage. Die offizielle westliche Position zur Berlinfrage erweist sich meist als ein auf kleinstem Nenner zustande gebrachter Kompromiss. Es war auch keineswegs so, wie die zeitgenössische Konfrontation vermuten ließ, dass man auf anglo-amerikanischer Seite das sowjetische Vorgehen kompromisslos ablehnte. Das traf lediglich auf den ultimativen Charakter und den sowjetischen Plan zu, insoweit er einen Rückzug der Westmächte aus Berlin beinhaltete. Aus der Sicht des Westens war das nicht verhandelbar, obgleich man sich durchaus der eigenen rechtlich schwachen Position bewusst war. Denn die alliierten Verträge des Jahres 1944/45 waren nicht mit der wünschenswerten Präzision und Eindeutigkeit ausgehandelt und fixiert worden. Aber auch die sowjetische Beweisführung, den Westmächten das Recht auf Anwesenheit in Berlin abzusprechen, erwies sich deshalb als nicht zwingend.

Westlicherseits erkannte man auch, dass in und um Berlin eine anormale Lage entstanden war, suchte aber dennoch den Status quo so weitgehend wie möglich zu erhalten. Sowjetunion und DDR vermochten aber offensichtlich diese anormale Lage nicht länger hinzunehmen bzw. zu dulden. Möglicherweise ging es aber den Sowjets nicht so sehr oder keineswegs nur um Berlin, wie man im Foreign Office mutmaßte, sondern um die Anerkennung der Grenzen Deutschlands und der deutschen Zweistaatlichkeit. (S. 293) Chruschtschow äußerte in diesem Sinne gegenüber Walter Lippmann: mit besorgtem Blick auf die westlichen Pläne zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht: „Ich bin gezwungenermaßen in Eile. Die deutschen Grenzen müssen festgeschrieben werden, bevor Hitlers Generale Atomwaffen bekommen.“ (S. 359)

Die Sowjetunion entwickelte mit ihrem Berlin-Ultimatum von 1958 und den sich anschließenden Noten, in denen sie an ihren Kernvorschlägen (Freie Stadt Westberlin und Abzug der westlichen Truppen sowie dem möglichen Abschluss eines Friedensvertrages mit der DDR) stets festhielt, ihre Vorstellungen zur Beendigung der anormalen Lage, und sie war oder schien fest entschlossen, dies zu realisieren – notfalls mit Gewalt. Die Frage, die auf westlicher Seite intensiv und kontrovers diskutiert wurde, war, wie ernst meinte es Chruschtschow tatsächlich, wie weit würde die Sowjetunion gehen? Sowjetischer militärischer Gewalt musste mit westlicher Gewalt begegnet werden, aber wie und mit welchen Erfolgsaussichten war das unterhalb der Atomschwelle möglich? Konnte oder musste eine solche Auseinandersetzung gar zu einem Atomkrieg eskalieren? War (West-)Berlin einen Atomkrieg wert? Bzw. anders, musste man nicht unbedingt auf die eine oder andere Art und Weise zu einer Verhandlungslösung kommen, um dem Ausbruch von militärischer Gewalt mit ihren nuklearen Weiterungen vorzubeugen? Gestützt auf ein intensives Studium archivalischer Quellen, von denen viele neu erschlossen werden, gelingt es dem Autor im Hinblick auf die US-amerikanische, britische, französische und westdeutsche Politik in der

Berlin- und zugleich in der übergreifenden Deutschlandfrage zu verdeutlichen, wie breit das Spektrum unterschiedlicher Denkansätze und kontroverser Vorschläge war, in denen sich zum Teil tief greifende Interessenunterschiede, ja -gegensätze reflektierten.

Wenn die Westmächte eine Verhandlungslösung wollten, dann mussten sie Gegenvorschläge machen, die die Interessen der Sowjetunion berücksichtigten und diese eventuell veranlassen konnten, ihre Forderungen zurückzuschrauben bzw. zu verändern. Überlegungen etwa derart, Berlin unter UNO-Aufsicht zu stellen und nur noch symbolische westliche Militärkontingente beizubehalten, erwiesen sich als nicht attraktiv für die Sowjets, ganz abgesehen davon, dass man nicht in der Lage war, sich auf solche und ähnliche Alternativvorschläge zu einigen. Auch verschiedene Ansätze, die Berlinkrise durch Regelung der übergreifenden deutschen Frage zu bewältigen, waren nicht realisierbar. Die Regierung Adenauer trat vehement allen Überlegungen in Richtung auf eine Handlungsregelung der deutschen Frage entgegen, die eine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten und eine zumindest de facto Anerkennung der DDR und Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze involviert hätte. Adenauer und Außenminister Brentano beschworen geradezu dramatisch und panisch die Gefahr einer kommunistischen Infiltration der Bundesrepublik, die über Kontakte und Verhandlungen erfolgen könnte oder würde. „Es sei daher besser, für etliche Zeit den Status quo beizubehalten, als nicht kalkulierbare Risiken auf sich zu nehmen.“ (S. 95). Ihre anglo-amerikanischen Gesprächspartner sahen das anders, eine Kluft zu Adenauer tat sich auf und man hatte den Eindruck, dass dieser selbst gar keine Wiedervereinigung erstrebe. (S. 185) Die erhärtete bundesrepublikanische Position, dass kein zweiter deutscher Staat existiere, blockierte jegliche Möglichkeit, über den Ausbau geregelter deutsch-deutscher Beziehungen einen Beitrag zur Milderung der anormalen Lage um Berlin und zur Vorbeugung gegen die drohenden Konsequenzen zu leisten. Rückendeckung erhielten die Westdeutschen vom französischen Staatspräsident de Gaulle. Er lehnte hartnäckig jegliche Verhandlungslösungen in der Berlinfrage ab, die seiner Meinung nach nur zu Lasten der Bundesrepublik gehen könnten und die Beziehungen zu ihr moralisch schwer belasten würden (S. 318ff). Die Tatsache, dass de Gaulle keine deutsche Wiedervereinigung wollte, belastete diese Beziehungen offenbar nicht.

Wie deutlich wird, tendierten die US-amerikanischen Präsidenten Eisenhower und anschließend Kennedy stark in Richtung auf eine Verhandlungslösung in der Berlinfrage und waren bei einem gewissen Entgegenkommen seitens der Sowjetunion im Gegenzug auch bereit, im Hinblick auf die DDR und die Oder/Neiße-Grenze den Status quo festzuschreiben.

Der britische Premier Macmillan war derjenige, der auf westlicher Seite am entschiedensten auf eine Verhandlungslösung mit der Sowjetunion drängte. Er war bereit, einen neuen Berlinstatus auszuhandeln. „Atomkrieg oder Anerkennung der DDR“ (S. 28) kennzeichnet S. zuspitzend die britische Position von 1958/59. Die Briten würden auf keinen Fall wegen des Besatzungsrechts in Berlin einen Atomkrieg riskieren, stellte der britische Botschafter in Washington, Ormsby-Gore, fest, „und das gilt wohl auch für die übrigen europäischen NATO-Verbündeten einschließlich Kanada...“ (S. 315). Und nach dem Mauerbau favorisierte London („Wir wollen keine Wiedervereinigung.“) eine Verhandlungslösung in der Deutschlandfrage, die unter Verzicht auf eine Wiedervereinigung den Status quo festschreiben sollte (S.331 ff.).

Trotz aller verschiedenartigsten Bemühungen, einschließlich Vier-Augen-Gesprächen zwischen Chruschtschow und Eisenhower (S. 129 ff) bzw. Kennedy (S. 191 ff), ließen sich die gegenseitigen Positionen nicht zu einem Verhandlungspaket schnüren, die Berlinkrise schleppte sich hin und drohte immer wieder zu eskalieren. Dennoch fanden gewisse Annäherungen dahingehend statt, dass es gelte, die gegenseitigen Interessen zu berücksichtigen, dass man Wege suchen müsse, aus der Krise ohne Gesichtsverlust herauszukommen und dass man auf alle Fälle eine atomare Eskalation vermeiden müsse. In diesem Sinne kam zweifellos dem Wiener Treffen zwischen Kennedy und Chruschtschow eine entscheidende Bedeutung zu, obwohl das Protokoll eher eine Unversöhnlichkeit der Positionen ausweist. Doch scheint dieses Treffen bei Chruschtschow einen Umdenkungsprozess dahingehend eingeleitet zu haben, anstelle einer weitergehenden Regelung der Berlinfrage, die offensichtlich nicht ohne kriegerische Weiterungen durchsetzbar war, den Mauerbau zu favorisieren. Und Kennedy war bereit, jede Regelung zu akzeptieren, die die Rechte der Westmächte in Westberlin nicht tangierte. In diesem Sinne formulierte er im Juli 1961 drei essentials, die von nun an gelten sollten und die man um jeden Preis verteidigen würde und sie be-

zogen sich nur noch auf West-Berlin: Präsenz, freier Zugang und Freiheit der Bürger (S. 227). S. schlussfolgert als Ergebnis seiner Analyse: „Angesichts der harten Haltung der Amerikaner mit Blick auf ihre Rechte in West-Berlin blieb den Sowjets letztlich nur die Mauer, eine Maßnahme, mit der – mit Ausnahme der DDR-Bewohner – alle Beteiligten gut leben konnten.“ (S. 361) Der Mauerbau erwies sich somit als die für die östliche Seite einzig verbliebene Option. Dem Autor ist sehr zuzustimmen, wenn er den Mauerbau nicht nur als Eskalationshöhepunkt der Berlinkrise darstellt (S. 201 ff), sondern seine Bedeutung vor allem in der Befriedung dieser Krise sieht (S. 261 ff). Obwohl die beteiligten Mächte das selbst zunächst so nicht sahen, sich diese Bedeutungsqualität somit erst im Nachhinein herauskristallisierte, erscheint so der Mauerbau in einem neuen Licht, nämlich dem der unter den gegebenen Bedingungen und Konstellationen offensichtlich einzig praktikablen Krisenbewältigung und als ultimo ratio zur Verhinderung eines Atomkrieges um Berlin, dessen Szenario man sich nur mit Entsetzen vorstellen kann. Dies festzustellen, bedeutet nicht, davon abzusehen, das die politisch-moralische Ungeheuerlichkeit des Mauerbaus zugleich eine schwere und folgenreiche historische Niederlage des „Weltsozialismus“ beinhaltete und es schließt kein legitimierendes Urteil über das sich anschließende bzw. praktizierte rigide Grenzregime an der Mauer ein. Die Westmächte wurden vom Mauerbau weder überrascht (S. 262 ff) noch in ihren Interessen tangiert. Nur diejenigen, die in Wunschdenken und Illusionen befangen waren, an der Spitze Adenauer, aber auch Willy Brandt, zeigten sich überrascht, wollten das quasi Unausweichliche nicht wahrhaben. Ein Umdenken blieb ihnen nicht erspart. „Am Ende der Krise blieb festzuhalten, gewisse Realitäten waren 'erkennbar' geworden: Deutschland war tatsächlich geteilt, die DDR existierte tatsächlich. Aber: der Status quo wurde lediglich festgeschrieben, nicht verändert“ (S. 363)

Amerikaner und Briten zeigten sich bereit, mit den Sowjets neue Verhandlungen zu führen und die Realitäten anzuerkennen. Adenauer widersetzte sich dem erbittert. „Trauen Sie den Amerikanern nicht; sie bringen es fertig, sich auf unseren Rücken mit den Russen zu verständigen“, so formulierte er es gegenüber Kroll und Krone...“ (S. 341) Am Widerstand Adenauers, der von de Gaulle Rückendeckung erhielt, scheiterten alle Verhandlungsbemühungen; die Anerkennung der Realitäten wurde allerdings nur zeitlich verschoben. „Nach einer Phase der harten Auseinandersetzung begannen die USA und die Sowjetunion sich wieder zu arrangieren...Das Atomstoppabkommen vom Sommer 1963 war ein erstes sichtbares Zeichen für das neue Verhältnis zwischen Washington und Moskau.“ (S. 364) Abschließend resümiert der Verf.: Die Sowjets hatten ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht, sie mussten Abstriche machen bzw. sie verändern, aber auch die ursprünglichen westlichen Positionen waren aufgebrochen worden; beide Seiten hatten sich bewegt, Ausgangspositionen für Verhandlungen und Übereinkünfte auf neuer Ebene geschaffen. Nicht nur die sowjetische Absicht, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen, sondern auch diejenige westlicherseits, eine multilaterale Atomstreitkraft aufzustellen, verschwanden in der Versenkung. Bleibt festzuhalten, dass es S. – begrenzt auf eine „Diplomatiegeschichte“ von Berlinkrise und Entscheidung für die „Mauer“ – gelungen ist, nicht nur eine Vielzahl neuer Fakten zu erschließen und Erkenntnisse zu vermitteln, sondern viele überkommene Klischees zu korrigieren und neue Sichtweisen einzubringen. Allerdings bedarf es zur weiteren Klärung vieler, die sowjetische Seite betreffender Fragen, einer Ergänzung durch Arbeiten, die die relevanten Quellen sowjetischer Provenienz erschließen.